

Beobachtungen auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014

Meine Eindrücke beschränken sich auf drei Konferenz-Abschnitte: die beiden Nachmittage des 1./2. Februar sowie den Vormittag des 3. Februar. Während der restlichen Zeit hielt ich mich bei der Münchener Friedenskonferenz auf und stand dort wunschgemäß als Referent zur Verfügung.

Mich hat die Tatsache kaum überrascht, dass der deutsche Bundespräsident, Joachim Gauck, seine Eröffnungsrede bei der MSC dazu benutzen würde, um für mehr „internationale Verantwortung“ in der Welt, die auch „manchmal den Einsatz von Soldaten erforderlich“ macht zu werben. Schon zuvor hatte er bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, wo er politisch steht. Überrascht hat mich jedoch, mit welcher Leichtigkeit Gauck es fertig brachte, die substanziellen Gründe der Kritiker von Militäreinsätzen aus der Friedensbewegung mit der Unterstellung, „man würde die eigene Bequemlichkeit hinter pazifistischen Motiven verstecken,“ beiseite zu wischen. Der angebliche Respekt des Bundespräsidenten vor „aufrechten Pazifisten“ konnte meine Empörung über seinen Versuch, die Friedensbewegung zu diffamieren und Kriegseinsätze moralisch zu rechtfertigen, kaum abschwächen. Nicht weniger ärgerlich war, dass die neue Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, die angeblich die Menschen in den Krisenregionen „nicht im Stich lassen“ will und auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit seiner Äußerung, Deutschland sei zu groß, um „die Weltpolitik vom Abseits zu kommentieren“, in dasselbe Horn der Bereitschaft für mehr deutsche Kriegseinsätze bliesen. Die Veranstalter der MSC haben es m. E. verpasst, das Thema „deutsche Kriegseinsätze“, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen deutscher Beteiligung am Krieg in Afghanistan, zum Gegenstand eines Panels mit Beteiligung der Kritiker zu machen. Immerhin lehnt bei allen Umfragen in letzter Zeit eine Mehrheit der Bevölkerung deutsche Beteiligung an Kriegen ab. Nach der einseitigen und offensiven Parteinahme des Bundespräsidenten und der beiden verantwortlichen Minister für mehr deutsche Beteiligung an den Kriegen in der Welt stand die gesamte Tagung im Schatten von Kriegsdrohung und Krieg als Instrumente der internationalen Sicherheitspolitik.

Diese Versuche der deutschen Staatsspitze, die Hemmschwelle für Kriegsbeteiligung herunterzusetzen, wurde offenbar selbst dem Altbundeskanzler Helmut Schmidt zuviel, der sich von diesem Trend deutlich distanzierte. Leider haben die Medien davon keinerlei Notiz genommen, was mich wiederum veranlasst, ihn hier wörtlich zu zitieren: „Es gibt eine Macht, die es heute vor 20 Jahren nicht gegeben hat. Das ist die Macht von 20.000 Finanzmanagern in zwei Städten, in New York und in London und außerdem in Hongkong und Frankfurt und anderen Städten verteilt. Die Macht der Finanzmanager ist ungeheuer und sie hat im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehman Brothers Millionen Menschen zusätzlich ins Elend gebracht. Und wir haben es geschehen lassen und wir haben bisher nichts Durchgreifendes zustande gebracht....Nicht einmal die Europäer haben im Bereich der eigenen Währung eine gemeinsame Bankenpolitik und Bankenaufsicht bisher zustande gebracht. Wenn wir etwas bescheidener wären und würden uns auf unsere eigenen Aufgaben konzentrieren und nicht dauernd von humanitären Interventionen in Syrien oder Irak, oder Afghanistan oder in Libyen oder demnächst in Ägypten oder in Sudan reden, dann wären wir wahrscheinlich etwas erfolgreicher.“

Bei der MSC ging es kaum darum, regionale und globale Ursachen von Konflikten und Kriegen zu diskutieren. Kein Wunder, dass die ökonomische Macht der Konzerne und Banken, die seit 30 Jahren weltweit zu drastischen Einkommensunterschieden, zu Finanz- und Währungskrisen, zu Hungerkatastrophen und Flüchtlingsbewegungen geführt hat, in München kein Thema war. Die Veranstalter hatten es offensichtlich nicht für nötig gehalten, beispielsweise Waffenexporte in Konfliktregionen, insbesondere in den Mittleren Osten, in einem Panel zu behandeln. Dabei kann kaum bestritten werden, dass umfangreiche Waffenlieferungen an die Bürgerkriegsparteien ganz dramatisch zur Verschärfung des Syrienkonflikts und zur Verhärtung der Positionen bis zur Ablehnung von Verhandlungen, wie man es im Rahmen von Genf II gegenwärtig beobachten kann, geführt hat. Bei der MSC spielten auch Themen zur nuklearen Abrüstung bei den Atomwaffenstaaten überhaupt keine Rolle. Dabei böte die MSC durchaus ein geeignetes Forum, die Weltöffentlichkeit über mögliche Hindernisse, die zum faktischen Stillstand auf diesem Gebiet geführt haben, zu informieren. Deshalb scheint mir die Annahme begründet zu sein, dass Rüstungsproduktion, Rüstungsausgaben und militärisches Denken zu den Prämissen und Selbstverständlichkeiten der Tagungskonzeption gehören, die deshalb auch nicht zu hinterfragen sind.

Vor diesem Hintergrund waren die Perspektiven von nichtmilitärischen Lösungen von Kriegen und Konflikten als Gegenstand der Panels grundsätzlich ausgeblendet. So wurden die Panels zu aktuellen Konflikten bestenfalls zu Plattformen für eine Legitimierung der Position der Konfliktparteien. Die einseitig besetzten Podien, wie bei den Themen Syrien und Mittlerer Osten, wurden sogar ziemlich unbekümmert zu Tribunalen mächtiger mit dem Westen verbündeter arabischer Petrodollar-Monarchien gegen ihre regionalen Gegner wie das Assad-Regime, die libanesische Hisbollah und der Iran. Insgesamt dominierte bei den westlich orientierten Konfliktparteien die Neigung, die MSC als ein von großem Medieninteresse begleitetes Event anzusehen, um die westliche Unterstützung für das eigene Lager zu mobilisieren. Dies konnte man ziemlich anschaulich in dem Panel zur Ukraine beobachten, bei dem Vitali Klitschko ganz massiv für die Westorientierung der Ukraine warb und dafür auch den unüberhörbaren Beifall der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielt, bei dem er jedoch der friedenspolitisch sehr ernst zu nehmenden Frage des ukrainischen Außenministers Leonid Kozhara, was dann mit den 8 Millionen russischstämmigen Einwohnern des Landes, die eine Russland-Orientierung bevorzügen, geschehen sollte, keine Aufmerksamkeit schenkte.

Bei der MSC wurden auch kaum die Erfahrungen der zahlreichen Kriege in den letzten 20 Jahren, so in Afghanistan, in Irak, in Libyen, thematisiert, um zu überprüfen, ob durch diese Kriege die selbst gesetzten Ziele, wie die Verbesserung der Voraussetzungen für eine Demokratisierung und den Schutz der Menschenrechte, in irgend einem der Staaten erreicht wurden. Damit wird der Verdacht bestätigt, dass militärkritische Debatten bei der MSC im Grunde keinen Platz haben. Dabei müsste es einer institutionalisierten Tagung wie der MSC darum gehen, vom Monopol einer rein militärischen Sichtweise allmählich abzurücken und ein Fenster für konkurrierende Logiken und Sichtweisen zu öffnen. Denn Friedensperspektiven brauchen Demokratie und Vielfalt auch im Denken. Alternative Ansätze müssen sich bei demokratisch verfassten Gesellschaften nicht nur bei innenpolitischen Fragen im Widerstreit miteinander bewähren, sondern auch bei außen- und sicherheitspolitischen Problemen. Man kann sich jedenfalls des Eindrucks nicht erwehren, dass sich dieses Demokratieverständnis bei der MSC noch nicht durchgesetzt hat.